



Medienmitteilung

Bern, 17.01.2020

Europaallee ist das Gesicht der Schweizer Immobilien-Spekulation

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterinnen- und Mieterverbandes Schweiz will Immobilien-Spekulanten einen Riegel vorschieben. Heute Freitagmorgen wurde das rote Tag «Spekulanten stoppen» der Ja-Kampagne symbolisch auf ein Gebäude der Europaallee projiziert. Die Europaallee in Zürich steht exemplarisch für die überteuerten Luxusbauten, mit welchen Immobilien-Spekulanten die Mieten in der Schweiz in die Höhe treiben.

Die Mieten belasten das Portemonnaie der Schweizerinnen und Schweizer immer stärker. [Seit 2005 stiegen die Mieten gemäss Mietpreisindex um satte 19% an](#), während die allgemeine Teuerung unter 5% blieb. Gerade in den urbanen Zentren und in Tourismusregionen ist es mittlerweile Glückssache, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dies wird von den Immobilien-Spekulanten schamlos ausgenutzt: «Objekte wie die Europaallee in Zürich, in der eine 3.5-Zimmerwohnung bis zu 5800.- Franken im Monat kostet, bringen keinen Mehrwert für das Quartier, stattdessen treiben sie die Mieten ringsum in die Höhe», sagte Carlo Sommaruga, Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz. «Solche Mieten sind insbesondere stossend, wenn man bedenkt, dass die SBB und ihre Vorgängerinnen das Areal einst für ein Butterbrot erworben haben. Jetzt, wo sie diese nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigen, scheffeln sie Rendite mit superteuren Mietwohnungen.»

Mieterinnen und Mieter zahlen 40% zu hohe Mieten

Seit 2008 sinkt der Referenzzinssatz. Die Mieten sind jedoch seit Anfang der 1990er Jahre unaufhörlich gestiegen. Sie liegen heute – gemäss einer [Studie der Raiffeisenbank](#) – 40 Prozent höher, als sie sein sollten. Hätten die Vermieter alle Zinssenkungen seit 2008 weitergegeben, müsste ein durchschnittlicher Haushalt jährlich rund 3000 Franken weniger Miete zahlen. Seit 2008 sind das insgesamt 7 Milliarden Franken, die die Immobilienbesitzer zu viel einsacken und die den Mieterinnen und Mietern fehlen. Das bedeutet eine gigantische finanzielle Umverteilung von den Mieterinnen und Mietern zu den Immobilienbesitzern.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wohnungen müssen für Menschen gebaut werden. Genau das tun beispielsweise Genossenschaften: Sie schaffen lebendige Quartiere, soziale Durchmischung und bieten faire Mieten, weil sie nicht gewinnorientiert arbeiten und der Wohnraum so dauerhaft der Spekulation

entzogen wird. Das Modell der Genossenschaft ist erfolgreich und zukunftssträftig. Aktuell liegt der Anteil von Genossenschaftswohnungen gesamtschweizerisch jedoch nur bei 4% - mit sinkender Tendenz. Die Initiative will diesen Anteil vergrössern und verlangt, dass in Zukunft 10% der Neubauten gemeinnützig gebaut werden.

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will:

- Der Bund und die Kantone sollen zusammen dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützig sind.
- Die Gemeinden und Kantone sollen ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke erhalten, um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.
- Bund und bundesnahe Betriebe wie z.B. die SBB sollen ihr Land zuerst den Gemeinden und Kantonen zum Kauf anbieten.
- Fördergelder der öffentlichen Hand müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht zum Verlust von bezahlbarem Wohnraum führen.

Für weitere Auskünfte:

Carlo Sommaruga, Präsident, 079 221 36 05

Balthasar Glättli, Vizepräsident, 076 334 33 66

Marina Carobbio, Vizepräsidentin, 079 214 61 78

Natalie Imboden, Generalsekretärin, 079 706 62 84